

Vorlage-Nr. 0911/2017 n. F.
FDP

im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
10.06.2017

Antrag zur Sitzung des Ortsbeirats am 21.06.2017

TOP **2**

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung Mainz wird gebeten , auf die Mainzer Wärme PLUS GmbH als Tochtergesellschaft der Mainzer Stadtwerke einzuwirken ,die Auswirkungen des Zusagenbescheids v. 13.02.2017 des Bundeskartellamtes auf die Preise der Wärmeversorgung von *Mainz-Lerchenberg* zu prüfen und das Ergebnis mitzuteilen.

Begründung:

Das Bundeskartellamt hatte seit 2009 Fernwärmepreise in 119 Netzen bundesweit auf die Angemessenheit der Preise untersucht. Sieben Anbietern mit rund 30 Fernwärmenetzen misslang der Nachweis der Angemessenheit. Gegen sie leitete das Bundeskartellamt ein *förmliches Mißbrauchsverfahren* ein , u.a. gegen die *RWE Energiedienstleistungen GmbH*, Dortmund (RWE ED). Die RWE ED ist mit 45 % Mitgesellschafter der Mainzer Wärme PLUS GmbH.

Das *Mißbrauchsverfahren* betraf allerdings in Mainz nur die Wärmeversorgung der Berliner Siedlung. Hier wurde die *innogy GmbH* als Rechtsnachfolgerin der *RWE Dienstleistungen GmbH* durch Zusagenentscheid des Bundeskartellamtes v. 13.02.2017 verpflichtet, an die Verbraucher 12,3 Mio. € rückzuerstatten .

Die Wärmeversorgung auf dem Lerchenberg war nicht Gegenstand des Verfahrens des Bundeskartellamtes. Deshalb sollte die Mainzer Wärme PLUS GmbH anhand des Ergebnisses des kartellrechtlichen Mißbrauchverfahrens ihre aktuelle Preispolitik für diesen Stadtteil noch einmal selbst überprüfen.

Dr.Rexrodt